

553717-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Veredelter Innenausbau Kita-Kastanienhof in Neuwied-Heddesdorf - Los2 TGA
OJ S 152/2026 10/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Veredelter Innenausbau Kita-Kastanienhof in Neuwied-Heddesdorf - Los2 TGA

Beschreibung: Das Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Das Verhandlungsverfahren wird gem. dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) i.V.m. der Vergabeverordnung (VgV) in der jeweils gültigen Fassung durchgeführt. Das Verfahren wird durch Veröffentlichung im EU-Amtsblatt bekannt gemacht. Sollten mehr Bewerber grundsätzlich geeignet sein, als zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, so wird der Auftraggeber die Bewerber zur Abgabe eines Erstangebots auffordern, die gemäß der bekanntgemachten Eignungs- und Auswahlkriterien am besten geeignet sind. Das Verhandlungsverfahren wird in voraussichtlich drei Stufen durchgeführt. Der Auftraggeber behält sich eine Anpassung der Anzahl der Verhandlungsrunden sowie insbesondere die Durchführung weiterer Verhandlungsrunden vor:
1. Stufe: Bewerbungsverfahren: Es wird gem. VgV ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Im Ergebnis sollen fünf Bewerber ausgewählt werden, welche zur weiteren Teilnahme am Verfahren und zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. 2. Stufe: In der 2. Stufe werden die Bieter zur Abgabe eines vollständigen Erstangebots aufgefordert. Der Auftraggeber wird die Angebote formal prüfen. Für Nachforderungen verbleibt es bei § 56 Abs. 3 VgV. In einem weiteren Schritt werden die Angebote inhaltlich vorgeprüft. Die Bieter werden zu einem Präsentations- und Verhandlungstermin eingeladen, an dem sie ihre Leistungsfähigkeit anhand einer auf die Zuschlagskriterien bezogenen Bieterpräsentation darstellen sowie für vertragliche und sonstige Verhandlungen zur Verfügung stehen. Ein von der Auftraggeberin zusammengestelltes Gremium nimmt die Wertung anhand der Zuschlagsmatrix vor. 3. Stufe: Die Bieter werden zur letztverbindlichen wirtschaftlichen Angebotsabgabe unter Berücksichtigung aller Angebotsbestandteile aufgefordert. Anschließend erfolgen die finale Wertung sowie die Vergabeentscheidung des Auftraggebers.

Kennung des Verfahrens: dc85e643-bd58-4d7c-a748-080c83711747

Interne Kennung: 2026-41

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71223000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei raumbildenden Ausbauten

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Neuwied

Postleitzahl: 56564

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Gemeinde, Gemarkung/Flur, Flurstück: Neuwied, Heddesdorf, Flur 2, Flurstück 97/9 und 97/7 Mietfläche, BGF: 977,16 m² Außenmietfläche: ca. 1200 m²

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: [1.] Landestariftreuegesetz - LTTG Rheinland-Pfalz - Landesgesetz zur Schaffung tariftreurechtlicher Regelungen – Rheinland-Pfalz Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 8. März 2016: Die Bieter/Bewerber haben die Verpflichtung das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz zu beachten und einzuhalten. Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz - LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätztem Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei der Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen. Im Hinblick auf das v. g. Landesgesetz machen wir darauf aufmerksam, dass gemäß § 6 Nachweise und Kontrollen LTTG dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung nach §§ 3 Mindestentgelt und 4 Tariftreuepflicht auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen ist und im Falle der Missachtung nach § 7 LTTG sanktioniert wird. Im Kontext zu § 7 Sanktionen LTTG wird um die Einhaltung der Verpflichtungen nach §§ 3 bis 6 zu sichern, für einen schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 v.H. des Auftragswertes vereinbart. In diesem Zusammenhang ist das beauftragte Unternehmen zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch ein Nachunternehmen begangen wird und das beauftragte Unternehmen den Verstoß kannte oder kennen musste. Des Weiteren wird vereinbart, dass die mindestens grob fahrlässige und erhebliche Nichterfüllung einer Verpflichtung nach §§ 3 bis 6 durch das beauftragte Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt. Bei Fehlen der Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 3 Abs. 1 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bei Fehlen der Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe und Nichtvorlage derselben nach Aufforderung durch den Auftraggeber ordnet § 4 Abs. 6 LTTG an, das Angebot von der Wertung auszuschließen. Bieter/Bewerber mit Sitz im Inland, sowie deren Nachunternehmer mit Sitz im Inland, Verleiher von Arbeitskräften mit Sitz im Inland haben gemäß den Vorgaben des LTTG Rheinland-Pfalz eine Verpflichtungserklärung abzugeben. Dies gilt auch, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz im Inland beschäftigt sind. [2.] Der Bewerber hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die Erklärung (Anlage in den Vergabeunterlagen) auszufüllen und als Teil der Angebotsunterlagen abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den

Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Angebotsunterlagen sind auf der Vergabeplattform (www.subreport.de bzw. iTWO tender) eingestellt. [3] .Die Angebotsunterlagen / Teilnahmanträge und die anderen einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Angebote können ausschließlich von registrierten Bewerbern über die Vergabeplattform (www.subreport.de) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind als Teil des Angebot auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform ist der Bieter, der die Erklärung abgibt, zu benennen. Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. [4]. Der öffentliche Auftraggeber kann den Auftrag auf der Grundlage der Erstantegebote vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). [5]. Teilnahmeanträge, die nach Ablauf des vorgenannten Schlusstermins eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen. Der Teilnahmeantrag ist unter Verwendung der in den Vergabeunterlagen enthaltenen Formblätter im PDF-Dateiformat, ggf. eingescannt, ohne Kopier- / Druckschutz, zu übermitteln, sofern in den Vergabeunterlagen kein anderes Format vorgegeben oder zugelassen ist. Eine Abgabe der Teilnahmeanträge per Post, Fax oder E-Mail ist nicht zugelassen. [6]. Diese Hinweise gelten auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: CrossBorderLaw

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Der Auftraggeber wird einen Bewerber von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausschließen, wenn ein zwingender Ausschlussgrund i. S. d. § 123 GWB vorliegt. Ferner kann der Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der

Verhältnismäßigkeit einen Bewerber auch dann ausschließen, wenn ein fakultativer Ausschlussgrund i.S.d. § 124 GWB gegeben ist. Daneben wird auf die Ausschlussgründe nach § 19 Abs. 1 MiLoG, § 2 1 Abs. 1 § A-EntG, 98c AufenthG, § 21 SchwarzArbG, § 22

LkSG hingewiesen. Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen haben Bewerber und bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft eine Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Die Erklärung zum Nichtvorliegen der

Ausschlussgründe ist in die Anlagen der Vergabeunterlagen integriert. Hinweis: Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB sind auf separater Anlage zu machen. Sonstige (nicht bevollmächtigte) Mitglieder der

Bewerbergemeinschaft und eignungsverleihende Unternehmen haben ebenfalls eine Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Dafür hat jedes nicht bevollmächtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jedes eignungsverleihende Unternehmen, auf dessen Kapazitäten der Bewerber sich zum Nachweis seiner Eignung

beruft (vgl. § 47 VgV) eine Erklärung ausgefüllt und in Textform dem Teilnahmeantrag beizufügen. Angaben zu etwaigen Ausschlussgründen und ggf. ergriffenen

Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 1 25 GWB sind auf separater Anlage zu machen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: TGA-Planung Gebäude und Innenräume LPH 1-3 und - 5-9

Beschreibung: Die Stadt Neuwied beabsichtigt eine Ersatzfläche für die bestehende KiTa-Raiffeisenring, welche einen hohen Investitionsstau aufweist, im Neubauprojekt Kastanienhof zur Unterbringung von vier Kitagruppen anzumieten. Die Konzeption sieht ein offenes Kita Konzept für 100 Kinder im Alter von 3-6 Jahren vor. Die Einbindung der Vertretung der zukünftigen Nutzer ist gewünscht. Die Mietfläche wird durch den Investor als veredelter Rohbau hergestellt und 2026 an die Stadt übergeben. Der anschließende Innenausbau, der den Anforderungen an den Betrieb einer Kindertagesstätte entspricht, wird durch die Stadt Neuwied realisiert und ist Planungsgegenstand der Objektplanung. Die Mietfläche erstreckt sich über das Keller- und Erdgeschoss. Der Planungsstand ist soweit gediehen, dass bereits zum Teil die LPH 1-3 und die LPH 4 vollständig erbracht wurden (Baugenehmigung incl. Brandschutzkonzept vom Dezember 2025, siehe Anlage Genehmigung-Nr 847_25). Das Brandschutzkonzept liegt vor und wurde Bestandteil der Baugenehmigung. Die Abgrenzung des veredelten Rohbaus (Investorenplanung) zum veredelten Innenausbau (Stadt Neuwied) stellt sich wie folgt dar: Fertigstellungsgrad durch Vermieter zum Zeitpunkt des Planungsbeginns: • Herstellung der Außenhaut in Dach und Fach (Fenster, Außen- und Terrassentüren, Haupteingangstüre) • Der Innenputz auf den Außenwänden • Alle Übergabepunkte, die für die technische Gebäudeausrüstung notwendig sind. Siehe Anlage (Pläne und Beschreibung): -TGA_Übergabepunkte (Pläne und Beschreibung) • Brandmeldeanlage: Der Vermieter hat eine voll funktionsfähige Brandmeldeanlage herzustellen. Diese hat auch den Kita Mietbereich technisch mit einzubinden, unabhängig vom Innenausbau des Mieters. Eine Nachbesserung/ Erweiterung seitens Mieterin, erfolgt somit nicht. Der Leistungsumfang des veredelten Innenausbaus umfasst nach derzeitigem Planstand die nachfolgend aufgeführten Gewerke: (für die TGA-Planung ausführliche Beschreibung s. AnlageTGA_Übergabepunkte): 1 Heizung/Fußbodenheizung - Wärmeversorgung über vorhandenen Fernwärmeanschluss 2 Lüftung - Be- und Entlüftung über Einzellüfter Bereich WC-Anlagen, Technikräume, Küche, Lager Hygiene 3 Sanitär 4 Elektro, Brandmeldeeinrichtung (BMA-Zentrale Vermieterleistung), IT 5 Estricharbeiten 6 Trockenbauarbeiten 7 Innenputzarbeiten - ausgenommen Innenputz auf Außenwand, Vermieterleistung 8 Stahlzargen, Innentüren, Klemmschutz 9 Mobile Trennwände 10 Fliesenarbeiten 11 Bodenbelagsarbeiten 12 WC-Trennwände 13 Malerarbeiten 14 Außenanlagen, Gala-Bau (Fachplaner wird ausgeschrieben) 15 Brandschutzausstattung, Druckknopfmelder, Rauchmelder, Feuerlöscher etc. 16 Prüfungen, TÜV-Abnahme 17 Innenliegender Blendschutz, Gardinen etc. 18 Profilzylinder, Hauptschlüssel, Schließplan 19 Einbauküche inkl. Geräte (Küchenplanung durch Fachplaner ist erfolgt) 20 Ausstattung, Einrichtung (Eigenleistung Stadt Neuwied) 21 Bauendreinigung Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen im Sinne einer Erweiterung des Vertrages entsprechend § 315 BGB durch den AG wie folgt: Objektplanung Gebäude, Innenräume, mit dem Leistungsumfang in Anlage Leistungsbild. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen im Sinne einer Erweiterung des Vertrages entsprechend § 315 BGB durch den AG wie folgt: Technische Ausrüstung, mit dem Leistungsumfang und den Anlagegruppen in Anlage Leistungsbild. Zunächst werden nur die Grundleistungen der Leistungsphasen der ersten Stufe beauftragt. Der Auftraggeber kann die nachfolgenden Grundleistungen der jeweils nächsten Stufe ganz oder teilweise – in einer oder mehreren weiteren Leistungsstufen durch schriftliche Erklärung gegenüber der Auftragnehmerin in Auftrag geben. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, auch die über die genannten Leistungen hinausgehenden Leistungen nach den Bedingungen des Vertrages zu erbringen, sofern diese Leistungen durch den Auftraggeber beauftragt werden. Diese Bindung entfällt für Leistungen, die nicht spätestens 6 Monate nach Abschluss der zuletzt (ganz oder teilweise) beauftragten Leistungsstufe beauftragt werden. Aus Projektverzögerungen, die allein auf die stufenweise Beauftragung zurückzuführen sind, kann die Auftragnehmerin einen zusätzlichen Vergütung- oder sonstigen Zahlungsanspruch nicht herleiten. Ein

Rechtsanspruch der Auftragnehmerin auf Beauftragung mit weiteren Leistungen über den zunächst beauftragten Leistungsumfang hinaus besteht nicht. Kostenrahmen: Kostengruppe 300: 1.003.601,61 € brutto Kostengruppe 400: 608.443,02 € brutto 410: 35.211,08 € brutto 420: 194.010,44 € brutto 430: 55.316,61 € brutto 440: 288.799,36 € brutto 450: 35.105,54 € brutto Kostengruppe 500: 600.000 € brutto Kostengruppe 600: 220.000 € brutto Für die Maßnahme gilt: Nach Abschluss der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) wird das Honorar auf Basis der anrechenbaren Kosten gemäß Kostenberechnung nach DIN 276 angepasst, falls sich die Kosten zum ursprünglichen Kostenrahmen verändern. Die Kostenberechnung dient ab der Entwurfsplanung bis zum Abschluss der Planung (LPH 3 – LPH 9) als Grundlage für die Berechnung des Honorars, das entsprechend der bestehenden Vertragsbedingungen angepasst wird. Für den Bauablauf stellt der Auftraggeber folgende Anforderungen in zeitlicher Hinsicht: Planungsbeginn: 2 Wochen nach Auftragsvergabe LPH 1-3 und 5-6: Februar 2027 – Juli 2027 LPH 7: Juli 2027 – Oktober 2027 LPH 8: November 2027 – Juli 2028. Parallel zu diesem Los 2 wird das Leistungsbild der Objektplanung Gebäude in Los 1 ausgeschrieben.

Interne Kennung: LOT-0001 2026-41

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71223000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei raumbildenden Ausbauten

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Neuwied

Postleitzahl: 56564

Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)

Land: Deutschland

Zusätzliche Informationen: Gemeinde, Gemarkung/Flur, Flurstück: Neuwied, Heddesdorf, Flur 2, Flurstück 97/9 und 97/7 Mietfläche, BGF: 977,16 m² Außenmietfläche: ca. 1200 m².

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/02/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/07/2028

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,#Besonders auch

geeignet für:selbst#,#Besonders auch geeignet für:startup#,#Besonders auch geeignet für: other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Befähigung zur Berufsausübung einschließlich

Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: Auflistung und

kurze Beschreibung der Bedingungen: Für die Eignung werden folgende Angaben und

Nachweise verlangt: a) Registereintragungen: Erklärung zur Registereintragung im

Handelsregister, in der Handwerksrolle, in der Industrie- und Handelskammer oder zu keiner

Eintragung in die genannten Register verpflichtet sind. Falls das Angebot in die engere Wahl

kommt, müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung Ihrer Erklärung folgende Nachweise

vorlegen: Sofern vorhanden: Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in

der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer. b) Angabe,

dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als

Bewerber oder Bieter in Frage stellt. c) Angabe zur Mitgliedschaft bei der

Berufsgenossenschaft. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, müssen die Bewerber

/Bieter zur Bestätigung dieser Angabe eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der

Berufsgenossenschaft des für Ihr Unternehmen zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe

der Lohnsummen vorlegen. Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die

Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen auch für diese

anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach Aufforderung sind die fehlenden

Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen vorzulegen. Die

Vergabeunterlagen stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang uneingeschränkt und

vollständig zur Verfügung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der

Eignungskriterien: Für die Eignung werden folgende Angaben und Nachweise verlangt: a)

Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er

Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung

vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen

ausgeführten Leistungen in Euro. b) Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation: Erklärung,

dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder

beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt

wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder ein Insolvenzplan

rechtskräftig bestätigt wurde (auf Verlangen der Vergabestelle ist der Insolvenzplan

vorzulegen). c) Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur

Sozialversicherung: Erklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben

sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung

unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt wurden. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt,

müssen die Bewerber/Bieter zur Bestätigung dieser Angaben eine

Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit der Betrieb

beitragspflichtig ist), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw.

Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt)

sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen. Beruft sich der Bieter zur

Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, sind die Erklärungen und

Bescheinigungen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Nach

Aufforderung sind die fehlenden Erklärungen und Nachweise innerhalb von 10 Kalendertagen

vorzulegen. Die Vergabeunterlagen stehen unter dem in 5.1.11 genannten Zugang

uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Es müssen mindestens zwei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbare Referenzen vorgelegt werden. Als vergleichbar gilt eine Referenz, wenn sie die folgenden Anforderungen erfüllt: –Inhalt des Referenzprojektes ist der Innenausbau von Kindertagesstätten oder Schulen oder ähnlichen Einrichtungen mit anrechenbaren Kosten KG 300 + 400 DIN 276 von mindestens 2,0 Mio. € netto. –Die Leistungen umfassten die Leistungsphasen 1 bis 9 nach § 53 ff. HOAI, wobei nicht zwingend alle Leistungsphasen in einem Referenzprojekt erbracht sein müssen. –Das Projekt wurde nach dem 01.08.2021 abgeschlossen. Ein Projekt gilt als abgeschlossen, wenn aus der Leistungsphase 8 bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge erbracht wurde. Für jede Referenz ist ein Steckbrief als gesonderte Anlage mit Angabe des Auftraggebers, der Baukosten, Bauzeit, der Honorarzone und der Besonderheiten bezogen auf die Vergleichbarkeit zu diesem Projekt und Genauigkeitsangabe, wie stark die Zeiten und Kosten eingehalten wurden, ggf. Bilder beizufügen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderung: Durchschnittlicher Jahresumsatz mit vergleichbaren Leistungen von 400.000 Euro netto in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Vergleichbar sind Planungsleistungen zu dem hier betroffenen Leistungsbildes der TGA.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mindestanforderungen: Es müssen derzeit mindestens 1 Ingenieur*in dem Unternehmen angehören. Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur *innen zu tragen oder nach den EU-Richtlinien, insbesondere den Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome bzw. Bachelor und Master berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur *innen tätig zu werden. Mit dem Teilnahmeantrag ist eine entsprechende Befugnis der benannten Beschäftigten nachzuweisen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Nachweis einer bestehenden

Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden von einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen. Die Deckungssumme muss für Personen-, Sach- und Vermögensschäden mindestens 5 000 000 EUR je Versicherungsfall betragen. Die maximale Versicherungssumme pro Versicherungsjahr muss mindestens das Doppelte der Deckungssumme betragen. Der Bieter hat mit seinem Angebot den Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung zu erbringen. Bietergemeinschaften haben dem Angebot den entsprechenden Nachweis für jedes Mitglied beizufügen. Zulässig ist eine Bestätigung der Versicherung, dass eine den vorgenannten Anforderungen entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung im Falle der Auftragserteilung gegeben ist.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Preis: 30% a) Gesamtangebotspreis 17% b) Honorarsatz 13%

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Referenzen: 15% a) Projektleiter 10% b) Stellv. Projektleiter 5% Konzepte: 45%

a) Umsetzungskonzept 15% b) Terminsicherungskonzept 10% c) Kostensicherungskonzept

10% d) Qualitätsicherungskonzept 5% e) Zusammenarbeit 5% Präsentation im

Verhandlungsgespräch 10%

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 03/09/2026 10:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E19643593>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 16/09 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E19643593>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 08/09/2026 10:30:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann gemäß § 56 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 2 VgV unternehmensbezogene und leistungsbezogene Unterlagen nachfordern oder vervollständigen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:
Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern getragene Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Bietergemeinschaft sowie einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt wird, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist. Die Bewerbergemeinschaft hat zu erklären, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, und dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, der späteren Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer-

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadtverwaltung Neuwied

Organisation, die Angebote bearbeitet: Stadtverwaltung Neuwied

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtverwaltung Neuwied

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00000628

Postanschrift: Engenser Landstr. 17

Stadt: Neuwied
Postleitzahl: 56564
Land, Gliederung (NUTS): Neuwied (DEB18)
Land: Deutschland
E-Mail: verdingungsstelle@neuwied.de
Telefon: 026318020
Internetadresse: <https://www.neuwied.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer-

Registrierungsnummer: USt-ID: DE355604198

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 0613116162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 276db311-3293-4a6a-9cc6-225d47400526 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/08/2026 07:22:44 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 553717-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 152/2026
Datum der Veröffentlichung: 10/08/2026